

BUND-Mitgliederversammlung Antrag: Ablehnung Olympia 2036 in Berlin

Antragsteller*innen: Landesvorstand der BUNDjugend Berlin

Antragstext:

Die Mitgliederversammlung des BUND-Berlin möge beschließen:

Der BUND Berlin kritisiert öffentlich eine Beteiligung Berlins im Zuge einer Olympia-Bewerbung Deutschlands für das Jahr 2036. Der BUND Berlin kritisiert die Idee, die olympischen Spiele am selben Ort, 100 Jahre nach der nationalsozialistischen Propaganda-Olympiade, auszurichten. Zwingend erforderlich ist nach Ansicht des BUND Berlin, dass jüdische Organisationen, Vertreter*innen der Sinti und Roma, LGBTQ-Verbänden, Migrant*innenselbstorganisationen, Behindertenverbänden und weitere Vertreter*innen von Betroffenen der Nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in die Entscheidung eingebunden werden.

Im Falle einer Entscheidung für eine Bewerbung mit Berlin als Austragungsort der Olympischen Spiele bringt der BUND Berlin sein ökologisches Fachwissen im weiteren gesellschaftlichen und politischen Diskurs bezüglich des Bewerbungskonzepts ein. Eine aktive Unterstützung der Bewerbung findet in keinem Fall statt.

Der BUND Berlin macht in diesem Zuge mit Blick auf die Erfahrungen in anderen Städten deutlich, dass die Olympischen Spiele angesichts der Anforderungen des IOC und der Sponsoren sowie der hohen Kosten für die Steuerzahler:innen ohne eine tiefgreifende Reform und Neuausrichtung weder ökologisch und sozial noch wirtschaftlich nachhaltig realisierbar sind.

Sollte Berlin sich als einer der Austragungsorte für Olympische Spiele bewerben, wird der Vorstand gebeten, eine arbeitskreisübergreifende Arbeitsgruppe zu Olympia, zur Begleitung der Erarbeitung eines Bewerbungskonzepts und der Bewertung der konkreten Bewerbung im Hinblick auf Ökologie, Klima und Nachhaltigkeit einzurichten.

Der BUND Berlin vertritt die Position, dass der positive olympische Gedanke (stellvertretend für ähnliche sportliche Großveranstaltungen), weder in Berlin, Deutschland oder global, von den dadurch verursachten sozialen und ökologischen Problemen ablenken darf.

Begründung:

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat einen Beratungsprozess zur Bewerbung zu den Olympischen Spielen 2036 gestartet. Im Dezember 2023 sollen Eckdaten einer Bewerbung stehen und abgestimmt werden, ob Deutschland an der Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 2036 oder 2040 oder die Winterspiele 2038 oder 2042 festhalten soll oder nicht. Nach aktuellen Äußerungen ist eine "Quer durch Deutschland" Bewerbung im Gespräch.¹ Dabei soll Berlin als einer der Hauptaustragungsorte einbezogen werden.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sollte die Olympischen Spiele 2036 in Berlin aus mehreren wichtigen Gründen ablehnen:

- **Historische Problematik:** Berlin hat eine komplizierte historische Vergangenheit, einschließlich der Olympischen Spiele von 1936 unter der nationalsozialistischen Diktatur. Die Wiederholung dieses Ereignisses im "Jubiläumjahr" ist historisch unangemessen. Insbesondere der Rechtsruck und die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen geben Anlass zur Sorge, dass ein angemessener Umgang mit der historischen Verantwortung schwer möglich ist.
- **Zu teuer.** Dieses Geld wird woanders benötigt: Die Ausrichtung der Olympischen Spiele ist ein enorm kostspieliges Unterfangen². Die aktuell veranschlagten Kosten würden hierbei mehr als dreimal so hoch ausfallen, wie das diesen Sommer verabschiedete Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“. Die finanziellen Ressourcen, die für die Organisation und den Neu-/Ausbau von Sportstätten aufgebracht werden, sollten stattdessen direkt in dringend benötigte Projekten in Bereichen der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit investiert werden, bei welchen aktuell drastisch gekürzt wird. Weitere Kosten entstehen durch die hohen Sicherheitsanforderungen in den Austragungsorten. Diese werden durch die Städte getragen und bedeuten weitere zusätzliche Ausgaben. Angesichts der aktuellen Herausforderungen, wie der Klimakrise und sozialer Ungleichheit, sollten öffentliche Gelder effizienter und zielgerichteter eingesetzt werden, um das langfristige Gemeinwohl der Gesellschaft und nicht die Interessen einiger Weniger zu fördern.
- **Nicht nachhaltig möglich:** Die Geschichte der Olympischen Spiele zeigt, dass die Ausrichtung dieser Großveranstaltung oft mit ökologischen und sozialen Kompromissen einhergeht. Die Errichtung temporärer Sportstätten und die massiven Infrastrukturerweiterungen gehen oft auf Kosten von natürlichen Lebensräumen sowie Umwelt- und Klimaschutzzielen. Dieses Vorgehen ist mit den Zielen des BUND Berlin nicht vereinbar.
- **Bisher wenig langfristiger öffentlicher Profit in anderen Städten:** In vielen Städten, die die Olympischen Spiele ausgerichtet haben, sind die versprochenen langfristigen wirtschaftlichen Vorteile nicht eingetreten. Stattdessen hinterlassen diese Veranstaltungen oft finanzielle Belastungen, ungenutzte Sportstätten und Umweltschäden.³

¹ <https://www.dosb.de/sonderseiten/news/news-detail/news/bewerbung-made-by-germany-als-ziel>

² <https://checkpoint.tagesspiegel.de/langmeldung/1BJB18MhGcJnd52KxXEIP>

³ [Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag - Sportliche Großveranstaltungen als Wirtschaftsfaktor Zur wirtschaftlichen Bedeutung der Olympischen Sommerspiele 2012](#)

Änderungsantrag Olympia 2036

Der Antrag kritisiert nicht den olympischen Gedanken an sich, sondern vielmehr die aktuelle Ausgestaltung dieser und ähnlicher sportlichen Großveranstaltungen. Dass solche Events oft mit Menschenrechtsverletzungen und Korruptionsvorwürfen einhergehen, ist spätestens seit der Fußball-WM der Männer 2022 vielen bekannt. Es kann nicht die Lösung sein, mit einer Bewerbung und Durchführung Berlins den Status-Quo aufrechtzuerhalten, um eine Ausrichtung woanders unter schlimmeren Bedingungen zu verhindern.

Der BUND Berlin sollte sich für alternative Wege einsetzen, um soziale und ökologische Nachhaltigkeit in Berlin zu fördern. Statt hohe Summen in eine kurzfristige Großveranstaltung zu investieren, sollten die Mittel in langfristige Projekte fließen, die das Wohl der Bevölkerung und den Schutz der Umwelt in den Vordergrund stellen.